Helmut Wohnout

REGIERUNGS-DIKTATUR ODER STÄNDEPARLAMENT?

Gesetzgebung im autoritären Österreich

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · GRAZ

Inhalt

Vorwort 5
Einleitung 9
Abkürzungsverzeichnis 11

1. VON DEN ERSTEN IDEEN STÄNDISCHER VERTRETUNGSKÖRPER ZUM BUNDESTAG DER MAIVERFASSUNG 13

1.1. Ständische Vertretungskörper als Ergänzung oder Alternative zum demokratischen Parlamentarismus? Diskussionsvorschläge während der Ersten Republik 13

1.1.1. Die Rolle des Ständegedankens in der katholischen Soziallehre 13
1.1.2. Antidemokratisches Denken und der politische Katholizismus in der Zwischenkriegszeit 20
1.1.3. Die Spann-Rezeption bei der Heimwehr 24
1.1.4. Der Länder- und Ständerat der Verfassungsreform 1929 33
1.1.5. Autoritäre Strömungen zu Beginn der dreißiger Jahre und der Einfluß der Enzyklika „Quadragesimo anno“ 44

1.2. Die Organe der Bundesgesetzgebung – Angelpunkt der neuen Verfassung 57

1.2.1. Von einer Geschäftsordnungsreform des Nationalrats zur Gesamtrevision der Verfassung. Die Entwicklung der Verfassungsdiskussion vom März bis Juli 1933 57

1.2.1.1. Gescheiterte Reformversuche auf parlamentarischer Ebene 57
1.2.1.2. Dollfuß' Abwendung vom liberalen Parlamentarismus westeuropäischer Prägung 77
1.2.1.3. Verfassungskonzepte innerhalb des Regierungslagers und deren Kritik im Frühjahr und Sommer 1933 82

1.2.2. Von der Berufung Enders zum ersten Verfassungsentwurf der Regierung 92

1.2.2.1. „Zwischen Skylla und Charybdis" – Die Mission Enders als Verfassungsminister 92
1.2.2.2. Weichenstellung durch Dollfuß' Trabrennplatzrede 102
1.2.2.3. Das Projekt des provisorischen Länder- und Ständerates 107
1.2.2.4. Verfassungsvorarbeiten bis zum Februar 1934 117
1.2.2.5. Die Haltung der oppositionellen Sozialdemokratie 138

1.2.3. Die Beratung und Beschlußfassung der neuen Gesetzgebung im Frühjahr 1934 144

1.2.3.1. Regierungsinterne Konsultationen im Februar und März 144
1.2.3.2. Die „erste Lesung" der Verfassung 148
1.2.3.3. Die „zweite Lesung" der Verfassung 152

1.3. Von der Proklamation der Verfassung zu den konstituierenden Sitzungen der vorberatenden Organe der Bundesgesetzgebung 160

1.3.1. Die Gesetzgebung des Bundes nach der Maiverfassung. Eine zusammenfassende Übersicht 160
1.3.2. Erste Reaktionen auf die neue Verfassung 179
1.3.3. Das Verfassungsübergangsgesetz Relativierung der Maiverfassung 185
1.3.4. Das Kreationsverfahren für die neuen Organe der Bundesgesetzgebung 193

1.3.4.1. Öffentliche Auseinandersetzungen um die Berufungen zu den gesetzgebenden Körperschaften 193
1.3.4.2. Der Staatsrat 200
1.3.4.3. Der Bundeskulturrat 211
1.3.4.4. Der Bundeswirtschaftsrat 219

1.3.4.5. Reaktionen auf die Berufungen in die vorberatenden Körperschaften 225
1.3.4.6. Zur Repräsentanz von Frauen in den legislativen Körperschaften 228

2. DIE ROLLE DER GESETZGEBENDEN KÖRPERSCHAFTEN IN DER „REALVERFASSUNG" 1934–38 233

2.1. Ministerrat und vorberatende Organe. Ein verfassungsinhärentes Spannungsverhältnis: Die Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften im Überblick 233

2.1.1. Die Ausgangslage vor den konstituierenden Sitzungen 233
2.1.2. Konstituierung und erste Aktivitäten der neuen Gesetzgebungskörper 238
2.1.3. Das Gewerbebundgesetz 250
2.1.4. Die Reform der Sozialversicherung 256
2.1.5. Weitere legistische Maßnahmen im Zuge des berufsständischen Aufbaus und die Aufhebung der „Habsburgergesetze" 264
2.1.6. Versäumte Möglichkeiten 1935/1936 273
2.1.7. Krisensymptome in den gesetzgebenden Organen 279

2.1.7.1. Der Führerrat der Vaterländischen Front 279
2.1.7.2. Die Entmachtung der Heimwehr 282
2.1.7.3. Mißstimmungen in den vorberatenden Organen 287

2.1.8. Das Handelskammergesetz 290
2.1.9. Die letzten Monate der vorberatenden Organe: Ansätze zu einer politischen Emanzipation 297

2.2. Zum Selbstverständnis der gesetzgebenden Organe: Tendenzen einer Opposition gegen das autoritäre Regime? 305

2.2.1. Weiterbestand des Ermächtigungsgesetzes 305

2.2.2. Gewährung des Initiativrechtes als wichtigstes Anliegen der gesetzgebenden Körperschaften 320
2.2.3. Forderungen nach Öffentlichkeit für die vorberatenden Organe 329
2.2.4. Parlamentarische Kontrollrechte 341

2.3. Die unverwirklichte „Vollendung der Verfassung" und „demokratische" Reformvorschläge im Bereiche der Bundesgesetzgebung 353

2.3.1. Programmatische Erklärungen Schuschniggs zur Verfassungsfrage 353
2.3.2. Revirement in der Leitung des berufsständischen Aufbaus 356
2.3.3. Enders Reformvorstellungen für die Gesetzgebung 365
2.3.4. Die Verfassungsdiskussion 1937/38 368

2.4. Personelle Veränderungen innerhalb der vorberatenden Organe zwischen 1934 und 1938 und gruppenbiographische Untersuchungen zum Schicksal der Mitglieder nach 1938 375

2.4.1. Enttäuschte Hoffnungen nach der Bestellung der vorberatenden Organe und erste personelle Korrekturen 375
2.4.2. Erschütterung durch den Phönix-Skandal 380
2.4.3. Neubesetzungen nach der Phönix-Affäre und sonstige personelle Änderungen 1936 393
2.4.4. Vertreter der nationalen Opposition in den vorberatenden Organen 400
2.4.5. Zwischen Arrangement und Verfolgung: Die Mitglieder der gesetzgebenden Organe nach dem Anschluß 415

Resümee 427
Quellen- und Literaturverzeichnis 435
Die Mitglieder der vorberatenden Organe und des Bundestags 1934–1938 459
Personenregister 467